

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 75 H. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: J. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Blomhauer Str. 33-32. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: VVBerband Bochum.

An die Verbandsmitglieder!

Kameraden! Die 23. Generalversammlung, die vom 29. Mai bis 4. Juni in Gießen tagte, hat, wie aus dem Bericht zu ersehen ist, die für die Wahl und Zusammenfassung des Gesamtvorstandes in Frage kommenden Bestimmungen des Statuts geändert. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen hat die Generalversammlung die Wahl der Verbandsleitung vorgenommen und setzt sich die folgende Zusammensetzung zusammen:

Engerer Vorstand:

Gusemann, Friedrich, 1. Vorsitzender,
Waldhede, Friedrich, 2. Vorsitzender,
Bittner, Hermann, Kassierer,
Balle, August, Sekretär,
Marimüller, Albert, Sekretär,
Schmidt, August, Sekretär,
Wilmann, Georg, Sekretär.

Beisitzer:

Boden, Peter, Gladbeck,
Blod, Julius, Essen,
Drescher, Richard, Buer,
Engelhardt, Albert, Eudewich,
Gosmeyer, Christian, Sodingen,
Kleine, Fritz, Sterkrade,
Klare, Hermann, Altenessen,
Linke, Hermann, Dorstfeld,
Lübbe, Karl, Eicklinghofen,
Nachtigall, Paul, Rame,
Neumann, Julius, Lünen,
Ständede, Emil, Rütgendortmund.

Erstämänner der Beisitzer:

Grümmel, Hubert, Westerholt,
Heinig, Paul, Raddob,
Kamohl, Adolf, Dorstfeld,
Nagemann, Fritz, Vinkfort,
Nieland, Emil, Sprockhöbel,
Plauemann, Fritz, Gelsenkirchen.

Kontrollausschuss:

Rämper, Johann, Mülheim,
Kauermann, Wilhelm, Langendreer,
Korh, Karl, Essen-Bergedorf,
Munsched, Heinrich, Döpel,
Rodela, Fritz, Wanne,
Schroter, Heinrich, Steele,
Werner, Johann, Dortmund.

Erstämänner für den Kontrollausschuss:

Agatha, Emil, Etodum,
Twillig, Christian, Reddinghausen,
Wiefels, Fr., Rütgendortmund,
Rosed, August, Rothhausen.

Redaktion:

Gue, Otto, Essen,
Wagner, Theodor, Bochum,
Schudy, Karl, Bochum.

Der Kontrollausschuss hat sich bereits konstituiert und den Kameraden Johann Rämper-Mülheim (Ruhr), Eppinghofer Straße 76 I, als Vorsitzenden und Heinrich Munsched (Post Kien), Etodumer Straße 8, als Stellvertreter gewählt. Alle Beschwerden über den Verbandsvorstand und gegen seine Beschlüsse sind nach § 42 Abs. 3 innerhalb eines Monats nach Zustellung des Vorstandsbeschlusses beim Kameraden Rämper einzureichen.

Kameraden! Die Verhandlungen der Generalversammlung waren von größter Sachlichkeit und dem Bestreben getragen, dem Verbandsrat und seinen Mitgliedern zu dienen. Der Versuch einer kleinen Minderheit, den Verband im Sinne der Moskower Umgestaltung und an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale anzuschließen, wurde mit allen gegen nur sieben Stimmen abgelehnt. Die Generalversammlung hat aber auch beschlossen, daß die Verwendung von Geldern aus der Saubrit- oder Begrit- oder Bokalkassen des Verbandes für die „Kote Gille“ oder ähnliche parteipolitische Zwecke den Bestimmungen des Verbandsstatuts widerspricht. Diejenigen Zahlstellen, die Zahlstellengelder bereits für derartige Zwecke bewilligten und abführten, haben für die Rückzahlung der Gelder zu sorgen, oder es müssen die Mitglieder der Ortsverwaltung haltbar gemacht werden.

Die Generalversammlung hat auch eine durchgreifende Änderung des Statuts vorgenommen. Die Beiträge und Unterstützungssätze sind den jetzigen Verhältnissen angepaßt. Es ist Wert darauf gelegt, daß der Kampfcharakter des Verbandes in den Unterstützungen zum Ausdruck kommt. Die neuen Beiträge treten am 31. Juli 1921 in Kraft. Während die neuen Unterstützungssätze vom 1. Januar 1922 Gültigkeit haben. Im übrigen finden unsere Mitglieder die Beschlüsse der Generalversammlung in dem nachfolgenden Bericht. Das neue Statut wird sobald wie möglich herausgegeben. Bis dahin wollen sich unsere Mitglieder die Nummer der „Bergarb.-Ztg.“, die den Generalversammlungsbericht enthalten, aufheben und sich danach richten. Auch wird in Kürze das Protokoll über die hochwichtigen Verhandlungen der Generalversammlung erscheinen.

Die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung sind von hoher Bedeutung für unseren Verband und seine fernere Tätigkeit. Die neu gewählte Verbandsleitung wird im Sinne der Verhandlungen und Beschlüsse arbeiten und fordert alle Funktionäre und Mitglieder auf, sich von keiner Seite beirren zu lassen. Nicht Zerreißung, sondern größere Einigkeit der Bergarbeiter ist notwendig. Wenn in diesem Sinne von allen Kameraden, die guten Willens sind, mitgearbeitet wird, kann und wird uns die Zukunft gehören. Damit wir das uns gesteckte Ziel erreichen, fordern wir alle Kameraden auf, fest fort in eine intensive Zusammenarbeit zur Verbessung von Mit-

streitern einzutreten. Der letzte unorganisierte Bergarbeiter muß unserem Verbande schnellstens zugeführt werden. Schwer droht die Wirtschaftskrise auch unserem Berufe. Die Auswirkungen der Annahme des Ultimatums sind nicht abzusehen. In dieser ernsten und schweren Zeit ist Einigkeit und fester Zusammenhalt mehr denn je notwendig. Deshalb: Auf an die Arbeit und vorwärts trotz alledem!

Der Vorstand. J. A.: Fr. Gusemann.

Ausbau der Sozialversicherung.

Vom Ausgang der Knappschaftsältestenwahlen am 26. Juni wird es auch mit abhängen, wie in Zukunft der Ausbau der Sozialversicherung vor sich geht. Die Reichsregierung wird die Grundgebung, welche die Wahl mit sich bringt, nicht in den Wind schlagen können, sondern wird gezwungen sein, sie zu beachten. Notwendig ist es deshalb mehr wie je, daß jede Zersplitterung vermieden wird und die Verbandskandidaten die Hauptzahl der Wähler auf sich vereinigen. Um dies zu erreichen, muß die Kleinarbeit systematisch einsetzen von Mund zu Mund, von Tag zu Tag. Nicht in großen Versammlungen werden die Wähler für uns gewonnen, nicht durch Flugblätter ist dies möglich, sondern die Kleinarbeit wird es diesmal sein, die das Wahlergebnis zeitigt. Sollen wir günstig abschneiden, wie wir es hoffen und wünschen, dann muß die Kleinarbeit so eingeteilt sein, daß sie nicht einzelne überlastet, sondern auf breiten Schultern ruht. Jedes Mitglied, das dazu aufgefordert wird, muß bereit sein, mitzuhelfen. Am besten ist es, wenn sich heute schon Freiwillige melden, um im Interesse des Verbandes tätig zu sein. Es gilt, der praktischen Arbeit eine Gasse zu bahnen, den fortschrittlichen Ideen den Weg zu bereiten!

Wie war es denn im monarchistischen Deutschland, als noch „gute Christen“ und echte Monarchisten das Ruder führten? Für die Militärmacht, für die Flotte war immer Geld genügend vorhanden, dagegen gebrachte es des vereinten Ansturms der freigewerkschaftlichen Kämpfer, um geringe Summen im Hinblick auf die Seereschiffe für soziale Zwecke aufzubringen. Die fortwährenden Mängel, das Drohen mit der gepanzerten Faust — sie waren mitschuldig daran, daß wir Feinde nicht nur



Die Alten vor die Front
als Berater!

Holt die Jungen bei
als Helfer!

Alle auf zur Tat
zur Kleinarbeit!

Bereitet alles vor
zur Ältestenwahl am 26. Juni!

in Europa, sondern in der ganzen Welt hatten. Während des Krieges wurden Milliarden freigegeben für Vernichtungszwecke, für die Sozialversicherung aber geschah nur wenig und auch das nur infolge unserer ungeliebten Drängens.

Wenn die Knappschaftsmitglieder über diese Vorgänge nachdenken, dann müssen sie sich sagen: Keine Stimme darf den Leuten zufallen, die dem früheren System treu ergeben waren, ja, die noch heute aus ihrer monarchistischen Gesinnung kein Gehl machen, also bereit wären, wieder der Reaktion zu dienen.

Ebenso wenig dürfen die Gegenkämpfer der „christlichen Monarchisten“ eine starke Stimmzahl erhalten. Wer nichts weiter kennt, als die Arbeiterschaft mit Schimpftritten „aufzuklären“, wer bereit war und ist, die Bergarbeiterzerpflünderung auf sein Schild zu erheben, zur Freude des einigen Kapitals, kann nicht als Arbeitervertreter in den Knappschaftsverein eingehen. Macht, dies den Kameraden klar, überzeugt ist, daß es nur zu ihrem eigenen Besten ist, wenn sie die Verbandskandidaten wählen.

Die alte Verfassung des deutschen Reiches vom 16. April 1871, die Verfassung für das „Siegereich“, erwähnte mit keinem Wort die soziale Versicherung. Die neue, in Weimar beschlossene Verfassung der deutschen Republik dagegen weist eine Reihe von Bestimmungen auf, die zeigen, daß in dem nun armen, niedergeborenen Deutschland ein ganz anderer Wert auf soziale Fürsorge gelegt wird.

Im Artikel 7 der neuen Rechtsgrundlagen des Reiches ist festgelegt, daß das Reich die Gesetzgebung hat über das Gesundheitswesen, das Arbeitsrecht, die Versicherung und den Schutz der Arbeiter und Angestellten. Die grundlegenden Vorschriften über die öffentliche Versicherung enthält Artikel 161, in dem es heißt: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“ Dieses weitgestreckte Programm hat sich die neue Republik als Wegweiser aufgestellt. An und liegt es nun ebenfalls, daß diese Thesen in der Praxis durchgeführt werden. Da im Bochumer Knappschaftsverein, auch in dem zukünftigen Reichsknappschaftsverein, nicht nur die Knappschaftsversicherung ihre Heimstätte hat, sondern auch die Kranken- und Invalidenversicherung mitverwaltet wird, ist es von großer Bedeutung, wer im Vorstand

Sitz und Stimme hat. Die Vorstandsmitglieder von der Arbeitnehmerschaft gehen aus den Reihen der Knappschaftsältesten hervor, ebenso wie die Arbeiterbeisitzer am Knappschafts-Oberversicherungsamt.

Kameraden, ihr erseht daraus, wie wichtig die Knappschaftswahlen sind und daß jeder voll und ganz dafür eintreten muß, damit unsere Kandidaten obliegen.

Unter den Forderungen, die wir vor allem in Zukunft zur Durchführung bringen müssen, ist auf knappschaftlichem Gebiete die Gewährung der Knappschaftsrente nach 25 Dienstjahren und 50 Lebensjahren, die auf Antrag ohne ärztliche Untersuchung gewährt werden soll.

In der Krankenversicherung fordern wir freiere Arztwahl, Erhöhung des Grundlohnes zur Berechnung des Krankengeldes dem wirklichen Arbeitsverdienst gemäß, Auszahlung des Krankengeldes vom ersten Krankheitsstage ab, auch für Sonn- und Feiertage, Gewährung von Familienhilfe und Familienpflege, erweiterte Mutterchaftsfürsorge.

In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Erhöhung der Renten der Pensioner der Zeitzeit entsprechend, Verminderung der Wartzeit zum Bezüge der Altersrente von 1200 auf 1000 Wochen.

Auch sonst müssen baldigst die Reformfragen gelöst werden, die nicht direkt mit der Knappschaft zusammenhängen, die wir aber auch nur zur Lösung bringen, wenn wir einig und geschlossen stehen, z. B.: die Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Seemannswesens. Bei der Unfallversicherung: die Vereinfachung der Unfallrenten nach dem wirklichen Arbeitsverdienst, Neuerrichtung der Rentenrenten nach je zwei oder vier Jahren. Dazu kommen noch eine große Zahl kleinerer Wünsche und Forderungen, für deren Erfüllung wir einzutreten haben.

Alle diese Aufgaben sind praktisch lösbar, sind keine weltfremden Utopien. Je mehr Anhänger der freigewerkschaftlichen Richtung wir in den Versicherungskassen haben, desto mehr Kampfmittel für unsere Forderungen stehen vor der Front.

Deshalb vorwärts, auf zur Kleinarbeit! Am 26. Juni müssen die Anhänger fortschrittlicher, praktischer Arbeit siegen!

Unsere 23. Generalversammlung.

Kein Bezirk weist eine so mannigfaltige Bergbauindustrie auf, als der Bezirk Gießen. Neben Eisen- und Metallbergbau werden dort auch Braunkohlen gewonnen. Der Krieg veranlaßte die Gewinnung von Phosphorit und Bauxit. Ferner gibt es in dem Bezirk Bauxit, Zink- und Kupfergruben. Die soziale Lage der Kameraden in diesen Bergbauindustrien ist niemals eine gute gewesen, erst als unsere Organisation durch eine systematische Agitation die Kameraden aus dem Individualismus herauslockte, wurde es besser. Am 31. Dezember 1920 zählte der Verband 7938 Mitglieder, so daß der größte Teil der Kameraden organisiert ist. Gießen selbst ist ein kleines Städtchen von 23.000 Einwohnern in Oberhessen an der Lahn gelegen. Dieses ideal gelegene Städtchen war diesmal das Ziel unserer Generalversammlungsdelegationen.

Die Arbeiten dieser Generalversammlung sind sehr reichhaltig. Neben den üblichen Geschäftsberichten wird unter diesem Punkt zum ersten Male über „Betriebsrat“ und „Vergamensbedingungen“ berichtet. Auch die Berichte unserer Tarif- und Jugendabteilungen sind eine Neuerung auf unserer Generalversammlung.

Die Opposition vertritt sich in der Zahl derjenigen Delegierten, die auf dem Boden der Antiröhmischen Internationalen stehen. Zwar versuchte sie, mit ihrer Stimme durchzubringen, gelungen ist ihr aber dieses nicht. Der zum Geschäftsbericht mit einer Stunde Redezeit sprechende erste Delegationsredner, welcher den Kommunisten von der Versammlung abgelehnt wurde, hielt eine Rede, wie sie auf kommunistischen Parteitagen üblich sind und erzielte gar keinen Erfolg. Selbst seinen Freunden wird es bei dessen Rede nicht besonders zu Gute gekommen sein.

Eröffnung der Generalversammlung am Sonntag, den 29. Mai.

Um 6 1/2 Uhr abends versammelten sich im geschmückten Saale des Hotels „Einhorn“ die Delegierten mit zahlreichen Gästen aus dem Auslande, der Umgebung Gießens und aus dem übrigen Deutschland. Auch Vertreter der Verbände sind anwesend. Aus dem Auslande sind anwesend: Adolf Vohl-Teplitz, Karl Prohl-Teplitz, Walther Prohl-Teplitz, Josef Dejarbin-Brüssel und Nikolaus Dejarbin-Brüssel. Den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vertritt Paul Umbreit-Berlin; ferner haben eine Reihe verwandter Organisationen Delegierte entsandt. Der führende Vorsteher des Verbandes, Hermann Sasse, ist als Vertreter des Reichsknappschaftsverbandes. Als Reichsknappschaftsministerium ist durch Wilhelm Kähler-Berlin und Adolf Nikolaus Dejarbin-Berlin vertreten. Für die Stadterweiterung ist Bürgermeister Franz Krenzien anwesend. Ferner war ein Vertreter des Reichlichen Staatsministers Ulrich erschienen.

Am 30. Mai begrüßte der Vertreter des Giesener Gewerkschaftsrates, der Kollege Stephan, die Generalversammlung. Er entbot den Anwesenden einen herzlichen Willkommengruß der Giesener Arbeiterschaft und wünschte guten Fortgang und besten Erfolg der Verhandlungen. Der Bürgermeister Krenzien begrüßte die Versammlung im Namen der Stadtverwaltung. Er wies auf die große Bedeutung des Bergarbeiterverbandes für die gesamte deutsche Wirtschaft hin und wünschte der Tagung guten Erfolg zum Nutzen der Volksgemeinschaft.

Unter Vorstands vorsitzende Gusemann nimmt nun das Wort. Er begrüßt die Delegierten und Gäste. Während in Gießen die Sozialkammeraden fehlen, sind es diesmal die oberhessischen Kameraden, die durch brutale Gewalt den unserer Generalversammlung ferngehalten werden. Der Vorstand ist ohne jede Nachricht aus Oberhessen, es fehlt jede Fühlung mit den dortigen Kameraden. Wären jedoch die Stürme noch so sehr brausen, die gegenwärtige Treue mit den Oberhessern wird nicht durchbrochen werden. Mit bewegten Worten schloß Gusemann den Kampf der Bergarbeiter und unsere Verbände der letzten Jahrzehnte, Jahre und Monate. Wiederholte Beifallskundgebungen ließen die Zustimmung der Versammlung und die Schwäche der Opposition erkennen.

Der Vertreter der belgischen Kameraden, Dejarbin-Brüssel, überbrachte die Grüße unserer belgischen Berufsgenossen. Seine Rede wird von Baumeyer-Gent sofort ins Deutsche übersetzt und vorgetragen. Die belgischen Kameraden gehen solidarisch im Kampfe gegen Kapital und Militarismus mit ihren deutschen Genossen. Nicht weltfremde Theorien dürfen uns leiten im Kampfe, sondern Erfahrungen und Praxis. Viele neue Kameraden können unter langames Vorgehen nicht verstehen und leben in hoffnungsvollen Träumen.

Die Begrüßungsreden wurden hier unterbrochen und die Generalversammlung konstituierte sich. Dann wurde mitgeteilt, daß zur Unterstützung der belgischen Kameraden 1 Million Mark aus Verbandsmitteln bewilligt sind. Zu dem gleichen Zweck sollen Bezirke und Zahlstellen pro Mitglied 3 Mark aufbringen.

In allen diesen Fällen wurden die Beschwerdebefürher abgewiesen. Ein Teil hatte sich damit nicht zufrieden gegeben und die Generalversammlung zur Entscheidung angeregt. Sie haben zu diesem Zweck eine Kommission eingesetzt, welche die Beschwerden zu prüfen hat. Sobald die ihre Arbeiten beendet hat, wird sie Ihnen ihre Vorschläge unterbreiten und haben Sie dann die letzte Entscheidung. Ich bitte Sie diese Entscheidung nach Recht und Billigkeit im Interesse des Verbandes zu fällen. (Beifall.)

Zweiter Verhandlungstag. Dienstag, den 31. Mai.

Wider-Präsident eröffnet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 144 gewählte Delegierte und 64 sonstige Verbandsvertreter anwesend. Ferner sind anwesend Vertreter unserer Geschäftlichen, holländischen und belgischen Bruderorganisationen sowie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Bundes technischer Angestellten und Beamten (Dutab) und des Westfälischer Verbandes.

Korrespondent Dersch-Saarbrücken (Kommunist): Es stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber: Demokratie einerseits, Diktatur andererseits. Was hat uns die Demokratie gebracht? Nichts! Die Macht ist in die Hände der Kapitalisten zurückgegeben worden. Wir stehen in einer Periode neuer revolutionärer Strömungen. Das Kapital will seinen Boden auf dem Rücken des Proletariats erhalten. Die Lohn-erhöhungen bringen keine Besserung der Arbeiterlage, weil sie durch Preiserhöhungen aufgehoben werden. Die Uebersichten sind unter Leitung des Verbandes eingeführt worden und haben zur Ueberproduktion geführt. Der Kampf der Bergarbeiter in England wurde schon entschieden, wenn nicht deutsche Kohle eingeführt wurde. Trotz Ueberproduktion an Kohle geht die Industrie zurück, die Krise hat sich immer mehr vertieft. Wenn die Arbeiter nicht zugrunde gehen wollen, müssen sie zur Tat greifen. Es ist notwendig und zwecklos, alle legalen Mittel zu erschöpfen, bevor zur Tat gegriffen wird. Brückner-Büchse — eine Waffe, hat ein großer General gesagt. Die Gewerkschaftsführer sind auf dem Heim der Arbeiterschaft gegangen. Das Internationale Arbeitsamt ist eine Stütze des internationalen Kapitals, die Arbeiter sind in der Minorität. Wir Kommunisten sind Feinde der Klassenharmonie, wollen Entgegnung der Entgegnung. Wir stimmen mit aller Liebe für Russland. Unser Verband muß los von Amsterdam und Vertreter nach Moskau entsenden. Bei uns im Saargebiet sind die Vertreter der Ruhrkohle mit großer Mehrheit gewählt. Wir wollen keinen Bruderkampf, darum entsenden wir Vertreter nach Moskau. Wir werden alles tun, um die Einigkeit im Verbunde zu erhalten, aber auch, um ihn auf andere Wege zu führen. Die Jellensbauer sollen ausgeschlossen werden. Das ist falsch. Was wollen die Jellensbauer? Den verfallenen Klassenkampf! Es ist notwendig, daß über die Probleme des Klassenkampfes und des Fortschritts geredet wird. Die Jellensbauer dürfen nicht ausgeschlossen werden! Wo soll das hinführen? Dadurch wird nur die Union gestärkt, deren Ueberabstimmung auch wir Kommunisten ablehnen. Wir haben einen schweren Kampf zu führen gegen die Union. Los von der Arbeiterschaft! von Amsterdam! Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden. Handel als Vertreter des revolutionären Proletariats! (Beifall bei einigen Kommunisten.)

Lichtenberg-Niederlausitz: Wenn wir nicht so klug in Vertriebsstrategien sind wie Kamerad Gasse, dann ist es nicht unsere Schuld. Es hätte mehr Aufmerksamkeit gegeben werden müssen. Das Stiehlungsweien ist ein Schmerzenskind der Organisation. Auch hier fehlt es an Aufmerksamkeit. Der Einfluss der Werksbesitzer ist zu groß. Bald werden die Stiehlungen völlig unter ihrer Herrschaft stehen. Besonders dort, wo sich die Kameraden haben überdrehen lassen, herrscht das Kapital. Das Stiehlungsweien hätte auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden müssen. Dem Kameraden Dersch kann ich nicht folgen. Die Opposition kann sich auch innerhalb des Verbandes durchsetzen.

Ritter-Darmstadt: Die Opposition in Riefeld war notwendig und ihre Haltung richtig. Ich stehe nicht auf dem Boden der Moskauer Bedingungen. Wir können uns aber nicht das Recht nehmen lassen, uns zusammenzusetzen wie wir wollen, auch in Sonderorganisationen. Durch den Ausschluss der Jellensbauer hat die Verbandsleitung gegen das Statut verstoßen, wonach der Ausschluss nur auf Antrag erfolgen kann. Danach ist nicht verfahren worden. Es ist auch in keinem Fall das vorgesehene Einigungsverfahren eingehalten worden. Wir geben zu, daß unser Verbandsorgan in Sachfragen sehr gut geteilt ist. In anderen Fragen wäre eine entscheidendere Haltung notwendig.

Bode-Hildesheim: Die Vorschläge der Rattarbeiter wurden im Vorjahr abgelehnt, angeblich weil die Mehrzahl nicht getragen werden können. Der ergangene Schiedsspruch wurde von den Werksbesitzern nicht anerkannt, obwohl er für verbindlich erklärt wurde. Auf unser Drängen, den Schiedsspruch zu erfüllen, wurde uns gesagt, daß dann die Kalkpreise weiter erhöht werden müßten. Wir haben demgegenüber erklärt, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt sei und für uns kein Handelsobjekt bilden könne. Daran müssen wir festhalten.

Kamerad-Saarbrücken: Ich kann mich den Ausführungen Gassemanns im allgemeinen nur anschließen. Kamerad Schmidt hat das Saargebiet nur kurz gestreift. Es sind Bestrebungen im Gange, unsere Sozialversicherung abzutrennen. Die Ausführungen des Kameraden Dersch waren recht schwach, aber — anständig. Ich hoffe, daß die Besserung anhebt. Dersch hat erklärt, daß die Kommunisten nicht die Absicht hätten, zu zerfallen. Es kommt aber nicht auf die Absicht an, sondern auf die Wirkungen. Und die Wirkungen der Jellensbauerei sind zerstörend.

Glaser-Waldenburg: Dersch will keine Klassenharmonie. Das brauche gar nicht gesagt zu werden, weil niemand von uns eine Klassenharmonie will. Wir haben mit unseren Betriebsräten gute Erfahrungen gemacht, weil sie es verstanden haben, sich durchzusetzen. Mit unserem Stiehlungsweien besitzigen wir das Wohnungswesen nicht. Wir müssen zu einer Nationalisierung des Wohnungswesens kommen. Es ist nicht angängig, daß die Kermisten fälschlicherweise bedrängt wohnen, während die Reichsten Ueberfluß an Raum haben. Die Schulung und Disziplin, die wir brauchen, lassen sich nicht über Nacht erreichen, sondern nur durch andauernde zähe Bildungsarbeit. Nur die Masse des Volkes kann uns den Sieg sichern.

Wolke-Essen: Das bisher Erreichte auf Grund tariflicher Vereinbarungen entspricht nicht den berechtigten Anforderungen. Kann durch das letzte Lohnabkommen ein gesunder Bergmannsstand erhalten werden? Nein! Wir haben Opfer genug gebracht. Angesichts der hohen Gewinne müßten höhere Löhne gezahlt werden. Lassen wir uns nicht vom Haß gegen die Kommunisten und Syndikalistinnen leiten. Auch sie sind unsere Kampfgenossen.

Witt-Bensberg: Die Lage der Arbeiter im Erzbergbau ist eine sehr schlechte. Von den Werksbesitzern wird gesagt, daß höhere Löhne nur gezahlt werden könnten bei höheren Erzpreisen. Das müßte geprüft und entsprechende Schritte unternommen werden. Auch den Erzbergarbeitern steht die Stiehlungsweien nicht zu.

Reimer-Bayern: Derlei Streiks können nicht den gewünschten Erfolg haben. Hier müßte auf größere Einheit gehalten werden. Die Aussprüche hat ergeben, daß Meinungsverschiedenheiten über Haltung und Taktik bestehen. Das dürfte hauptsächlich auf ungenügende Kenntnis der Verhältnisse zurückzuführen sein. Die Verbandsleitung kann sich nur von den Verhältnissen leiten lassen wie sie sind, sonst verdient sie, beseitigt zu werden.

Engelhardt-Kiedlinghausen: Im Tarifvertrag muß festgelegt werden, daß Ausstehende keinen Anspruch auf dessen Vorteile haben und auch nicht danach behandelt werden dürfen. Kamerad Gasse ist in seiner Rede dem Betriebsräteproblem nicht gerecht geworden. Worin soll die Kameradschaftlichkeit des Kameraden Dersch bestehen? Sollen im Kameradschaftlichen Halsabschneiden? Die Jellensbildung innerhalb unseres Verbandes ist uns hinreichend bekannt, wir wissen, wohin die Reise geht. So geht es nicht. Wir können keine Keimzellenbauer bilden.

Wiederstein-Westfalen: Bei uns sind schon bis zu vier Freierlotsen wöchentlich angelegt worden. Es ist das eine Folge der Planlosigkeit unserer privatrechtlichen Wirtschaft. Der alte Gerren-Haus-Entstand macht sich schon wieder bemerkbar. Im Verfassungswesen hält man sich nicht einmal mehr an die Arbeitsordnung, sondern geht darüber hinaus. Der Arbeitslosigkeit auf dem Westfalen muß mit allen Kräften entgegengetreten werden.

Wegner-Oberhausen: Wer hat die Einheitsfront durchbrochen? Gamborn, mit dem Edelmannschen Seiling an der Spitze, hat hierfür den Beweis geleistet. Jetzt ist Seiling Seilerbesitzer und bringt es fertig, seine ehemaligen Genossen an die frische Luft zu setzen. Durch die Parole: „Kraus aus den Gewerkschaften!“ ist lediglich das Meer der Unorganisierten vergrößert worden. Die Betriebsräte haben einen schweren Stand und müssen noch besser geschützt werden. Das Stiehlungsweien bestrebt sich nicht. Wenn diejenigen, die nach Moskau gehen wollen, einmal dort hinkommen, werden sie schleunigst wieder umkehren.

Kurzer-Gasse: Bei uns in Mansfeld hat ein allgemeiner Lohnanhang von 6 % stattgefunden. Was das zu bedeuten hat, dürfte klar sein. Auch den Urlaub sucht man uns zu schmälern. Die Ausführungen des Kameraden Gasse werden den Aufgaben der Betriebsräte nicht gerecht.

Das Stiehlungsweien hat seinen Zweck nicht erfüllt. Wir können jede Zersplitterung ab, auch die Union. Diejenigen, welche von uns zur Union überreden wollten, haben es nicht aus ideellen Gründen. Für die Opfer des weichen Terrors müssen wir eintreten. Wir müssen alles tun, um unsere Jugendbewegung zu fördern.

Müller-Bett: Bei uns im Schiefergebiet ist der letzte Arbeiter organisiert. Kamerad Gasse hat mit seiner Kritik der Betriebsräte den Nagel auf den Kopf getroffen. Hier ist bessere Schulung notwendig. Die fordern Beseitigung der Arbeiterschaft und schärften Klassenkampf.

Kemper-Stillinghofen: Wir sind hierher gekommen, um praktische Arbeit zu leisten, und nicht, um uns über weltweite Theorien zu streiten. Wir brauchen Geschlossenheit und keine Keimzellenbauer. Geben wir nichts preis, was wir errungen haben, halten wir fest auch an der Arbeiterschaft. Der Kapitalismus arbeitet letzten Endes in Speichelfeder aus und nicht nur den Werksbesitzern. Die die Jugend muß alles getan werden, damit wir vorwärts kommen.

Sollberg-Sattingen: Den Bericht über die Betriebsräte hätte besser Kamerad Martiniere gegeben. Die Betriebsräte waren bisher hauptsächlich Lebensmittellieferanten. Bei den Ausschüssen ist die Verbandsleitung etwas zu eilig verfahren. Mehr Gründlichkeit ist notwendig. Ueber die Arbeiterschaft kann man geteilter Meinung sein. Durch die Uebersichten sind die Löhne niedrig gehalten worden.

Es tritt dann die Mittagspause ein. Nachmittags wird ein Ausflug nach Braunsfeld gemacht.

Dritter Verhandlungstag. Mittwoch, den 1. Juni.

Die Aussprüche über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. **Waldhede** verliest folgenden Brief aus Obersiebenbrunn:

Rattowitz, den 27. Mai 1921.
An die Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Siegen.

Werte Kameraden! Die obersteinsten Delegierten sind leider nicht in der Lage, an der Generalversammlung teilzunehmen. Seit vier Wochen ist durch fanatischen Nationalismus das ganze Wirtschaftsleben, Handel und Verkehr stillgelegt. Fürstlich ist die Not und das Elend. Hunderte von Kameraden, eingeborene Obersiebenbrunner, treue Mitarbeiter in der bewährtesten Organisation der Bergarbeiter Deutschlands, sind verschleppt und den grausamen Mißhandlungen ausgesetzt. Wie viele von ihnen ihren Leben erliegen sind oder ermordet wurden, ist nicht bekannt, da aller Verkehr unterbrochen ist. Unter den Verschleppten befinden sich auch die Verbandsangestellten Ratzmeier und Wischuba. Viele Funktionäre des Verbandes sind von Haus und Familie vertrieben und irren als Flüchtlinge in den Städten herum. Zur Nachtzeit erscheinen fast regelmäßig bewaffnete Banden in den Wohnungen unserer Kameraden und belästigen die Angehörigen. In den von den Polen besetzten Orten werden unsere Mitglieder gequält, in die politischen Organisationen überzutreten. Die Leiden der Bevölkerung, insbesondere unserer Kameraden, sind furchtbar. In sehr vielen Fällen wurden unsere Kameraden durch Verhaftungen auf den nackten Körper mißhandelt. In Joliesdorf ist der polnische Kommandant Kozłowski, der unsere in einem Keller gefangenen Kameraden zu je 25 Weichensschlägen auf den nackten Körper verurteilt, ein Angehöriger der polnischen Berufsvereinsung. Durch das Eingreifen eines englischen Oberst wurden die armen Opfer befreit. In der Spitze der polnischen Aufstandsbewegung, die so sprechen: Verbrechen gegen arme, unschuldige Arbeiter, stehen im Vollausmarsch neben dem großpolnischen Agitator Korantys die polnischen Arbeiterführer Binskielwicz, Borch, Rymer und Grajet. Rymer ist Vorsitzender der polnischen Berufsvereinsung. Die ersten beiden nennen sich polnische Sozialisten. Kameraden, helft uns! Wendet Euch an die Internationale, an die ganze Kulturwelt! Schmach und Schande über die Bewegung, die einen solchen grausamen und verbrecherischen Bruderkrieg unter der Arbeiterklasse hervorgerufen hat!

Indem wir hoffen, daß das Schreiben auf den von uns gewählten Sachverständigen in Eure Hände gelangt, wünschen wir den Beratungen der Generalversammlung die besten Erfolge und hoffen, daß in glücklicheren Zeiten auch wir wieder im Interesse der Bergarbeiter mitreden und -taten können.

Dargel-Gamm: Ein indirekter Organisationszwang wäre notwendig. Auch ich wünsche, daß der Ausschüssen die Zustellen gefordert werden. Jeglicher der Tarifverträge dürfen wir uns von anderen Organisationen nicht beeinträchtigen lassen. Die letzte Lohnregelung im Ruhrgebiet befriedigt nicht ganz. Die Lohnschwankungen sind zu stark. Die Beschlässe der Betriebe müßten bei Anlage der Stiehlungen beachtet werden.

Bode-Hildesheim: Die Rattwerksbesitzer erklärten sich zur Erfüllung des Schiedsspruches bereit, wenn die Rattpreise um 70 Prozent erhöht würden. Mit Hilfe der Vertreter der Angestellten wurde diese Preisverhöhung auch im Reichsarbeitsrat durchgesetzt, vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums aber beanstandet. Es wurde dann eine Preisverhöhung von 50 Prozent bewilligt, trotzdem wird der für verbindlich erklärte Schiedsspruch nicht erfüllt. Ich bitte, unsere vorliegende diesbezügliche Entscheidung einstimmig anzunehmen. Die Angriffe des „Ruhr-Echo“ gegen die Verbandsleitung sind unberechtigt und unangebracht.

Imbrecht-Berlin: Der Vorgang in der Rattindustrie, den der Vortrager geschildert, ist so unerhört, daß der Verbandstag seine Stimme dagegen erheben muß. Unter Ziffer 43a ist eine Entscheidung vorgelegt, welche gegen die Verschleppungspolitik bezüglich gesetzlicher Regelung der Stiehlungsweien Einspruch erhebt. Eine Verschleppungspolitik liegt aber nicht vor. Es liegt ein Gesetzentwurf zur Einführung der Stiehlungsweien im Eisenbahnenbau vor und die Beratungen sind im Gange, bisher aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Das Reichsarbeitsministerium trägt daran keine Schuld. Die Frankfurter Erklärung hat ihre wirtschaftliche und politische Seite. Wirtschaftlich wird das Saargebiet dadurch von Deutschland abgeschnitten und wirtschaftlich und politisch an Frankreich angegliedert. Selbst der französische Gewerkschaftsführer Merxheim hat die Arbeiter des Saargebietes vor der Frankfurter Erklärung gewarnt, wenn sie politisch und wirtschaftlich bei Deutschland bleiben wollten. Mit der Durchführung der Tarifverträge im Bergbau ist das stärkste Bollwerk gegen die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchbrochen.

Rück-Saarbrücken: Wir haben im Saargebiet keine Betriebsräte, sondern die „weiße Salbe“ von früher, die aber noch mehr zur „weißen Salbe“ geworden ist. Wir können uns heute nicht den Luxus erlauben, die Arbeiterschaft zu beseitigen. Ich weiß, wie schwer die Verhandlungen mit den Werksbesitzern sind, da ich früher selbst schon daran teilgenommen habe. Es wäre sinnlos, die bestehende Internationale zu zertrümmern, um eine neue zu schaffen. Wir sind gerne bereit, mit den russischen Arbeitern zu arbeiten, aber wir können uns nicht ihrem Diktat unterwerfen.

Wette-Essen: Wir haben die Ministergrube entgegengenommen, hoffen aber auf Erfüllung unserer Forderungen. Der neue Tarifvertrag enthält ebenfalls noch viele Mängel. Die Ausführungen des Kameraden Gasse gegen die Betriebsräte gehen fehl.

Lagemann-Mos: Ueber die Tätigkeit der Verbandsleitung geben die Jahrbücher für 1919 und 1920 Auskunft. Ich empfehle sie den Kameraden zum eingehenden Studium. Dann wird auch das Vertrauen schwinden, an dem wir so schwer leiden. Dessen Mitarbeiter ist auch unser alter ehrlicher Vorkämpfer Peter Zimmer zum Opfer gefallen.

Rellinghausen: Mit dem Bericht der Verbandsleitung sind wir im wesentlichen einverstanden. Bei uns wird von den Werksbesitzern eine Verklammerung der Schicht angeordnet mit dem Hinweis auf die schlechten Flüß- und Gebirgsverhältnisse. Dagegen werden wir uns wehren. Wir bitten die Verbandsleitung, alles hinzusetzen, daß auch die Murrbergarbeiter so gestellt werden, wie die übrigen deutschen Bergarbeiter.

Baumetzer-Graf (deutscher Vertreter im Internationalen Arbeitsamt): Das Internationale Arbeitsamt ist eine überstaatliche Organisation für Sozialpolitik. Demselben sind 50 Länder angeschlossen. Die Sozialpolitik muß schon mit Rücksicht auf den Wettbewerb in allen Ländern möglichst einheitlich gestaltet werden.

Wagner-Lugau: Mit wenigen Abweichungen sind wir mit der Haltung der Verbandsleitung einverstanden. Deshalb war früher ein Vorschlag der selben, jetzt soll das dort der Kapitalismus am besten aus. Viele Führer beim letzten Rußland waren früher Zerkowmer im Militärverein. Der linkssozialistische Kapitalismus wird sich unter solchen Führern wieder zur Geltung bringen und zurückwischen.

Reumann-Namen: Der Ausschluss der Jellensbauer war ein Akt der Notwehr, um die Verbandsleitung zu verkleinern. Derselbe ist vollzogen worden vom erweiterten Verband, dessen Mitglieder in ihrer Mehrheit noch in Arbeit stehen. Dersch hat erklärt, unser

Verband sei nur vor dem Brüche eine Kampfsorganisation gewesen, jetzt sei es nicht mehr. Das ist eine völlige Verleumdung der Verbandsleitung. Die Uebersichten sind nicht von der Verbandsleitung angeordnet worden, sondern von den Arbeitern in anderen Berufen, welche unter den Folgen der Arbeitslosigkeit und Hungerarbeit zu leiden hatten.

Dersch-Glabbe: Die Kommunisten haben es besser als die Verbandsleitung verstanden, sich die revolutionären Kräfte, welche in der Arbeiterschaft noch schlummern, dienstbar zu machen. Solche Kräfte sind immer weiter eingeklinkt worden. Dieser Instanzentzug ist falsch. Die Entscheidung muß unmittelbar bei den Mitgliedern liegen. Ein Antrag auf Schluss der Aussprüche wurde angenommen.

Wagner (Schlußwort): Die Aussprüche hat nichts ergeben, was nicht in meinem Bericht über die Presse eine Beantwortung fände. Ich kann daher, ebenso wie auf der Riefelder Generalversammlung, auf das Schlußwort verzichten.

Gassemann (Schlußwort): In der recht sachlichen Aussprüche ist unsere Haltung in verschiedener Beziehung demagogisch worden. Wir sind gerne bereit, auf Beschwerden einzugehen und eine Verständigung herbeizuführen. Es gibt Leute, die mit unserer Unterstützung der englischen Bergarbeiter nicht einverstanden sind. So werden sie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ dagegen. Die englischen Bergarbeiter haben uns 1905 ebenfalls unterstützt. Es handelt sich hier um einen selbstverständlichen Akt der Solidarität. Im Stiehlungsweien sind Fehler gemacht worden. Aber wer hat noch keine Fehler gemacht? Sonst Fehler vorkommen, müssen sie gutgemacht werden. Die Rede von Dersch war sehr matt. Wenn er aus sich selbst heraus geredet hätte, wäre es wirkungsvoller gewesen. Die Jellensbauerei ist nicht so harmlos, wie es andere dargestellt haben. Die Kritik soll nicht unterbunden werden, sondern die Unterhöhung des Verbandes. Die Person muß hinter die Sache zurücktreten. Dersch hat von Demokratie und Diktatur geredet. Eine falsche das andere aus. Die Diktatur soll sich nicht nur gegen die Kapitalisten richten, sondern auch gegen die eigenen Klassenangehörigen. Die Demokratie hätte uns zum Sozialismus geführt, wenn die Zersplitterung der Arbeiterschaft nicht gewesen wäre. Wenn das Ziel nicht erreicht wurde, dann sind daran hauptsächlich die Zersplitterter schuld. Die Wirtschapspolitik schwächt die Arbeiterschaft und stärkt die Reaktion. Wenn die Zwangskollektierungen nicht hätten ausgeführt werden können, wäre die Befreiung des Ruhrgebietes mit ihren schlimmen Folgen gekommen. Kann das Elend durch eine Diktatur einer kleinen Minderheit behoben werden? Russland beweist das Gegenteil. Die Diktatur würde nur zur Reaktion zurückführen. Wer das Ziel in Moskau sucht, weiß nicht, was er will. Wir verheuen unter Klassenkampf nicht Gewalttätigkeit und Unterdrückung gegen andere Klassen. Der Klassenkampf, wie wir ihn verstehen, muß mit geistigen Waffen geführt werden. Der Angriff auf Moskau bedeutet für uns Forderung von den übrigen 8 Millionen organisierter deutscher Arbeiter, Forderung von der internationalen Arbeiterbewegung, die Amsterdam ausgeschlossen ist. Können wir das ertragen? Wohl kaum! Wäre der Rapp-Buch nicht gekommen, dann hätten wir eine sogenannte revolutionäre Sonderorganisation für die Bergarbeiter bekommen. Wie sich aus einem uns zur Kenntnis gelangten Schreiben ergibt, haben Göttemann, Rosemann und Genossen mit diesem Gedanken gespielt. D.h. man vom Metallarbeiterverband hat sich damals gegen diese geplante Sonderorganisation gewandt. Das Vorgehen gegen die Keimzellenbauer war nicht zu umgehen. Es mußte schnell gehandelt werden. Wenn es hat die Frage aufgeworfen, was geschehen sei, um die Augenwischer von den Vorteilen des Tarifvertrages auszuschließen. Unsere Macht hat da eine Grenze, die uns hauptsächlich gestützt wird durch die Zersplitterung in der Arbeiterschaft. Den Werksbesitzern ist diese Zersplitterung und ihre Folgen wohl bekannt, und das stärkt ihre Macht. Für eine unbedingte Zwangsorganisation kann ich mich nicht ohne weiteres erklären. Wir müssen die Möglichkeit behalten, auch Mitglieder, die gegen unsere gewerkschaftlichen Grundsätze verstoßen, auszuschließen. Wo sollten wir sonst hinkommen? Es ist gefordert worden, daß bei allen Fragen die Bergarbeiter befragt werden sollen. Das läßt sich nicht in allen Fällen durchführen. Soweit es möglich ist, wird danach verfahren. Bei der Entscheidung über die vorliegenden Anträge muß das Interesse der Organisation maßgebend sein. (Großer Beifall.)

Gasse-Gasse (Schlußwort): Ein Teil der Diskussionsredner war mit mir nicht einverstanden. Dabei ist nichts von dem, was ich gesagt habe, entkräftet worden. Nur hätte ich es hier nicht der Form halber aussprechen sollen. Ich bin da anderer Meinung. Wir müssen ausprechen, was ist, nur das bringt uns vorwärts. Mit dem Munde geht es nicht, sondern nur durch die Tat. Das Betriebsrätegesetz ist ein Kompromissprodukt und daher ist es nicht so, wie wir es wünschen. Es wäre besser, wenn die Zersplitterung in der Arbeiterschaft nicht wäre. Die Werksbesitzer hatten sich an die Wurzeln ihrer Organisationen. Wenn die Arbeiter das auch tun wollten, wäre viel gewonnen. Für die Schulung der Betriebsräte ist besonders in Mitteldeutschland sehr viel geschehen. Wer sich weiterbilden will, muß auch selbst Opfer bringen können. Es wird Jahrzehnte dauern, bevor die Betriebsräte sich den Platz erobern haben, den wir wünschen. (Beifall.)

Es tritt dann Mittagspause ein.

Aus dem Kreise der Kameraden.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.
Nationalistische Vernehmung.

In allen Ländern hat der Weltkrieg neben den vielen Verletzungen des menschlichen Geistes auch die nationalen Leidenschaften wachgerufen und sie bis zum sprühenden Maße gesteigert. Der Krieg ist zum Jungbrunnen des nationalen Fanatismus, der schlimmsten Völkerverhetzung geworden. Wie eine verheerende Epidemie raff die blindwütige Ueberhebung des einen Volkes über das andere, feiner Ueberhebung, feiner Verführung zugänglich. Besonders die vom Obersten Rat der Entente angeordneten Volksabstimmungen in Ostpreußen und Oberschlesien haben die nationalen Leidenschaften auf die Spitze getrieben, die schließlich zu den überaus heftigen Ereignissen in Oberschlesien führten. Obwohl die Abstimmung in Oberschlesien ebenfalls zugunsten Deutschlands entschied, wollen die Polen unter Führung Korantys diesen Volkswille nicht anerkennen und verlangen die Zuteilung Oberschlesiens zu Polen. Der nationalstische Vernehmung sind leider auch große Teile der oberstschlesischen Arbeiterschaft zum Opfer gefallen. Daran haben die Kapitalisten, die in der Ausbeutung keine nationalen Unterschiede kennen, ihre volle Freude, wissend, daß eine so zersplitternde Arbeiterschaft ihnen nie und nimmer einig und geschlossen gegenüberstehen kann.

Seit Jahrzehnten schon ist unser Verband auf die Forderung der polnischen Bergarbeiter eingetreten und hat die ungeliebte Polenpolitik der wilsonianischen Regierung bekämpft. Wir sind immer für den nationalen Frieden eingetreten und haben auch in letzter Zeit zur Verhöhnung und gegenseitigen Verständigung gemahnt. Unseren Mitgliedern haben wir immer Kameradschaftlichkeit gegenüber ihren polnischen Arbeitskameraden empfohlen. Trotzdem werden die polnischen Zeitungen und die Führer der polnischen Berufsvereinsung nicht müde, uns allerlei falsche Behauptungen nachzusagen und uns sogar direkt der Schmutz des Klassenhasses zu beschuldigen. Diese ungerechtfertigten Vorwürfe werden jetzt wiederholt, obwohl wir dem Vortrugen der polnischen Berufsvereinsung, Kopalicki, anlässlich seines Auftritts auf dem Salzburger Kongress der neu gegründeten „Schlesischen“ Bergarbeiterinternationalen die nötige Aufklärung und Belehrung zuteil werden lassen. Der in Bochum erscheinende, der Berufsvereinsung nahestehende „Bisrus Polak“ berichtet über zahlreiche Entlassungen polnischer Arbeiter im Ruhrgebiet, wovon sogar reichsdeutsche Staatsangehörige und Kriegsinvaliden, die für Deutschland ihr Blut vergießen mußten, betroffen werden. An diesen Masseneinstellungen setzen hauptsächlich die deutschen organisierten Arbeiter schuld, (womit im ersten Sinne unser Verband gemeint ist), die den Klassenhaß nicht nur bei der Arbeit schüren, sondern auch die industriellen Verhältnisse zur Entlassung der polnischen Arbeiter veranlassen. Behörden und Unternehmer hätten sich jeglicher Schikane enthalten, einzig und allein die deutschen organisierten Arbeiter würden durch ihre Hetzungen mit dem Gift des Hasses getränkt gegenüber allem, was polnisch ist. Aus diesen Gründen erklärt der Aktionsausschuß der polnischen Bergarbeiter in Mitteldeutschland einen Aufruf, ihm alle Fälle von Entlassungen mitzuteilen, die auf Grund einer angeblichen Verurteilung des Kriegsverhaltens erfolgt sind, wonach alle Ausländer von der Arbeit abgestellt werden sollen, solange alle anderen Umstände, keine Ausnahme, keine des Wertes und des Wertes der Arbeiter angegeben, damit die nötigen Abwehrmaßnahmen getroffen werden können.

Neue Redaktionen erklären diese Vorwürfe gegen die freien Gewerkschaften durch ein Vorurteil auf Grund ihrer Erfahrungen in Belgien (Niederlande), wo die dortige Verbandsleitung mit Zustimmung

